

OHG will Schule unter einem Dach

Reaktionen auf die Pläne der Verwaltung für einen reduzierten Neubau und angemietete Räume

Von Christiane Böhm

Göttingen. Enttäuscht haben am Otto-Hahn-Gymnasium Schulleitung, Schüler und Eltern auf neue Pläne der Verwaltung reagiert. Der in Aussicht gestellte Neubau für die Schule soll um ein Stockwerk reduziert und Klassenräume in der benachbarten Berufsschule angemietet werden. Das OHG will für die ursprüngliche Lösung kämpfen. Die Ratsfraktionen von SPD und Grünen verweisen auf die vielen notwendigen Investitionen in Göttinger Schulen.

Seit November 2017 habe es eigentlich festgestanden, so OHG-Schulleiterin Rita Engels. Das Gymnasium sollte einen vierstöckigen Anbau bekommen mit 18 neuen Klassenräumen und einer Mensa. Im Schulausschuss stellte jetzt die Verwaltung neue Pläne vor. Aufgrund erheblich gestiegener Baukosten und Mehrkosten für Baugrundverbesserung und Gründung sind die Kosten von eingeplanten 7,7 Millionen Euro auf 12,4 Millionen Euro für den ursprünglichen Plan gestiegen.

Situation nicht zumutbar

Die Verwaltung prüfte Konzepte zur Reduzierung der Kosten. Ihr Vorschlag: den Neubau um ein Stockwerk kürzen und Klassenräume in der BBS II mieten. Geschätzte Kosten für diese Variante: 11,3 Millionen plus Mietkosten (abzüglich der Nebenkosten sind das etwa 28 000 Euro pro Jahr). Diese Variante muss nun in den kommenden Wochen diskutiert werden.

Einen empfindlichen Punkt trifft dieser Plan bei den Vertretern des

OHG. „Ich lasse keine Mittelstufenschüler in die BBS gehen“, sagte Engels. Und es fehlten an der Schule die Räume für diese Jahrgänge. Denn im sogenannten Trakt A seien die Klassenräume mit 45 Quadratmetern zu klein und beengt für die starken Mittelstufenjahrgänge. In den Trakt A soll die Oberstufe ziehen, wenn der Neubau steht. „Die Schüler gehen uns verloren“ so Engels, wenn sie in einer anderen Schule untergebracht würden. Abgesehen davon, führe ein gruseliger Aufgang zu den Räumen im Obergeschoss der BBS.

Die Situation nicht zumutbar findet Tim Wiedenmeier, Schülervertreter und Schüler des achten Jahrgangs im OHG. Auch, weil durch das Hin und Her zwischen den Schulen die Zeit für Pausen fehle. Die Schulgemeinschaft soll unter einem Dach bleiben, wünschen Schüler und Lehrer.

Schockiert sei sie, sagt Kathrin Körber, Vorsitzende des Schulleiternrates. Die geplante Einsparung würde rund neun Prozent der Gesamtkosten betragen. Der Plan der Verwaltung sei nicht hinnehmbar. Die Räume in der BBS seien keine richtige Außenstelle, es fehle die Infrastruktur. „Wir laden die Politiker ein, sich noch einmal ein Bild davon zu machen, was das im Schulalltag bedeutet“, sagt Wiedenmeier. Am Donnerstag, 27. Februar, könnten sie einmal mit den Schülern mitgehen, ihren Alltag teilen.

Die Bedürfnisse anderer Schulen müssten auch berücksichtigt werden, erklärt die Göttinger Schuldezernentin Maria Schmidt. „Wir kön-

nen nicht alles finanzieren, was pädagogisch sinnvoll oder wünschenswert wäre. Wir müssen abwägen.“ Im Hainberg-Gymnasium etwa gebe es eine kaum noch hinnehmbare Situation mit dem maroden Fachraumtrakt. Schmidt macht darauf aufmerksam, dass die Räume und auch der Aufgang in der BBS noch verändert werden können. Es entstehe eine andere Situation, „wenn wir dauerhaft mieten“. Die Stadt könne dann so verhandeln, dass der Landkreis baulich noch mal nachlegt.

Das OHG will gemeinsam mit den anderen Schulen kämpfen, sich abstimmen und austauschen. Auf Ebene der Elternvertreter sei ein gemeinsames Treffen schon vereinbart, so Körber.

SPD-Fraktion und die Fraktion der Grünen im Rat der Stadt Göttingen verweisen auf Anfrage darauf, dass sie den OHG-Anbau auf eigenem Gelände immer gefördert hätten. Das gelte aber auch für die Sanierungsmaßnahmen an den anderen Göttinger Schulen, beim Hainberg-Gymnasium, den städtischen Ganztagsgrundschulen und der Geschwister-Scholl-Gesamtschule (GSG), erklärt die schulpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Frauke Bury.

Der Plan der Verwaltung sei die größtmögliche Gewähr für schnelle Umsetzung. „Die Herausnahme und Veränderung einzelner Maßnahmen aus dem von der Verwaltung gemachten Vorschlag würde zu Verzögerungen und weiteren Finanzierungsproblemen im Gesamtpaket führen“, so Suse Stobbe (Grüne), Mitglied im Schulausschuss. Dies müsse nun – auch gemeinsam mit den Schulen – beraten werden.

Fehlkonzeption

Thorben Siepman für die FDP-Fraktion spricht sich klar für den Vorentwurf mit 4. Obergeschoss aus. Es sei eine „große Fehlkonzeption, wenn der neue Anbau, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, von vornherein nicht den Anforderungen“ genügt. Auch die Göttinger CDU-Fraktion spricht sich für die ursprüngliche Planung mit vier Stockwerken aus.

Info Die Autorin erreichen Sie per E-Mail an c.boehm@goettinger-tageblatt.de.



Das Otto-Hahn-Gymnasium hat massive Raumnot.

FOTO: HELLER

Baupläne für Göttinger Schulen

Das Schulstättenentwicklungskonzept sieht notwendige bauliche Maßnahmen für etliche Göttinger Schulen vor. Wegen der Baukostensteigerung mussten die Planungen angepasst werden. Die wichtigsten Projekte betreffen das Otto-Hahn-Gymnasium (OHG), das Hainberg-Gymnasium (HG), die Geschwister-Scholl-Gesamtschule (GSG) und die Bonifa-

tiusschule I. Sie sollen auch zeitnah umgesetzt werden. Für das OHG sah die Planung einen viergeschossigen Anbau mit einer Mensa vor. Dafür ergebe sich eine Kostenschätzung von 12,4 Millionen Euro. Die Verwaltung empfiehlt einen Anbau ohne 4. Stock. Das OHG müsste dann Klassenräume in der BBS II nutzen. Geschätzte Kosten: 11,3 Millionen Euro

plus Mietkosten inklusive Nebenkosten von 54000 Euro pro Jahr. Für das Hainberg-Gymnasium empfiehlt die Verwaltung statt einer Kernsanierung einen Neubau des Fachraumtraktes. Zunächst müsse aber eine Machbarkeitsstudie beauftragt werden. Geschätzte Investitionssumme für den Neubau: 25 Millionen Euro. Auch für die GSG empfiehlt

die Verwaltung einen Neubau statt der bisher geplanten Anbauten. Die Anbauten seien nicht zu realisieren. Kosten für den Neubau: 21 Millionen Euro. Einen Umzug in die Räume der ehemaligen Käthe-Kollwitz-Schule statt der Sanierung am Standort, das ist der Vorschlag für die Bonifatiuschule I. Kosten: 1,2 Millionen Euro.